

Verkehrsgerichtstag in Goslar: Bessere Fahrausbildung rettet Leben und spart Kosten

Berlin, 23. Januar 2026

Anlässlich des 64. Deutschen Verkehrsgerichtstags (VGT) vom 28. bis 30. Januar 2026 in Goslar fordert der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR), Prävention stärker im Verkehrsrecht und in den verkehrspolitischen Debatten zu verankern – insbesondere durch eine Qualitätsoffensive in der Fahrausbildung.

Manfred Wirsch, Präsident des DVR, sagt: „Die Bundesregierung will den Führerschein billiger machen. Eine Qualitätsoffensive in der Fahrausbildung kann dazu beitragen. Abstriche bei der Sicherheit sind hingegen indiskutabel.“

Beim Verkehrsgerichtstag werden Empfehlungen zu zentralen Themen der Verkehrssicherheit erarbeitet. Der DVR stellt hierzu konkrete Forderungen vor.

Forderungen zum VGT-Arbeitskreis ›Überhöhte Anforderungen bei der Führerscheinprüfung?‹

Referenzlehrplan und Fahrsimulatoren

Der DVR fordert Bund und Länder auf, einen verbindlichen und transparenten Referenzlehrplan für Fahrschulen einzuführen. Fahrschulen sollen den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler systematisch erfassen und kontrollieren. So wird ein nahtloser Unterrichtsverlauf gewährleistet, selbst wenn Fahrlehrkräfte temporär wechseln.

Fahrsimulatoren sollen künftig optional in der regulären Fahrausbildung genutzt werden können, nicht nur bei freiwilligen Zusatzstunden. Das Bundesministerium für Verkehr (BMV) muss dazu technische Standards und pädagogische Konzepte festlegen. Dann könnten manuelles Schalten und zwei Ausbildungsfahrten auf Bundes- oder Landstraßen sicher im Simulator geübt werden. Insbesondere das gefahrlose Überholen lässt sich effizient im Simulator trainieren.

Der DVR unterstützt außerdem die Erweiterung der Lehrangebote durch zielgerichtete Kombination von Online-Theorieunterricht in Echtzeit, bei dem alle Teilnehmenden gleichzeitig lernen, E-Learning-Formaten und Präsenzunterricht in Schulungsräumen.

Manfred Wirsch: „Die Diskussion zur Bezahlbarkeit des Führerscheinserwerbs darf nicht auf Kosten der Sicherheit geführt werden. Der wirksamste Hebel für Kosteneinsparungen und bessere Lernerfolge ist eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung in der Fahrschulausbildung. Dadurch lassen sich teure Wiederholungsprüfungen reduzieren.“

Erweitertes Begleitetes Fahren ab 17

Ein weiterer zentraler Punkt für mehr Sicherheit ist das Begleitete Fahren ab 16 (BF16). Der DVR fordert die Durchführung und Evaluation eines regionalen BF16-Modellversuchs, der sich am bewährten Modell des Begleiteten Fahrens ab 17 (BF17) orientiert, um BF16 anschließend dauerhaft in der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) zu verankern.

Da eine rechtliche Umsetzung von BF16 aufgrund der aktuellen EU-Führerscheinrichtlinie derzeit nicht möglich ist, schlägt der DVR zunächst ein erweitertes Begleitetes Fahren ab 17 vor. Jugendliche sollen ab dem 16. Geburtstag ihren Antrag auf Erteilung der Fahrerlaubnis der Klasse B stellen können. So bleibt ausreichend Zeit, fahren zu lernen, die Theorie- und Praxisprüfung vor dem 17. Geburtstag zu absolvieren und anschließend die volle 12-monatige Begleitphase von BF17 zu nutzen. Außerdem soll die theoretische Prüfung schon bis zu sechs Monate vor dem 17. Geburtstag abgelegt werden können, statt bisher frühestens drei Monate vorher.

Der DVR fordert finanzielle Anreize zur Stärkung der Teilnahmebereitschaft am Begleiteten Fahren. Eine Bonuszahlung sollte nach erfolgreichem Abschluss einer mindestens sechsmonatigen Begleitphase als Zuschuss zu den Ausbildungskosten gewährt werden.

Manfred Wirsch: „Mit dem erweiterten Begleiteten Fahren ab 17 können junge Menschen frühzeitig Verantwortung lernen – und später sicher fahren.“